

p.B. 72.9.15.1.

FK/au

VertraulichA u f z e i c h n u n g

des Gesprächs mit dem Generalsekretär  
des schwedischen Aussenministeriums, Sverker Astroem,  
in Bern am 29. Mai 1974

---

An dem in französischer und englischer Sprache geführten  
Meinungsaustausch, welcher auf dringenden schwedischen Wunsch  
zustande kam und der zur Hauptsache der Konferenz für Sicherheit  
und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) galt, nahmen teil

auf schwedischer Seite:

Botschafter Sverker Astroem	Generalsekretär
Botschafter Sven-Eric Nilsson	Missionschef in Bern
L.G. Engfeldt	Departementssekretär im Aussen- ministerium

auf schweizerischer Seite:

Bundesrat Pierre Graber	Vorsteher des EPD
Botschafter Ernesto Thalmarn	Generalsekretär
Botschafter Charles Müller	Chef der Politischen Abteilung I
Botschafter François de Ziegler	Chef des Politischen Sekretariats
Edouard Brunner	Stellvertr.Chef der Politischen Abteilung I
Karl Fritschi	Stellvertr.Chef der Politischen Abteilung I (Aufzeichnung)

- 2 -

Herr Astroem dankt Bundesrat Graber, dass er diese so kurzfristig angesetzte Begegnung ermöglicht hat, und überbringt ihm die besten Grüsse vom Aussenminister Anderson, der sich auf seinen Besuch freut, den er der Schweiz nächsten September abstaten wird. Zweck dieses Besuchs ist der Auftrag, folgendes vorzutragen:

Die schwedische Regierung ist besorgt über den Gang der Dinge in der gegenwärtigen zweiten Phase der KSZE in Genf. Es gibt gewisse Tendenzen, die zu einem Zusammenbruch der dortigen Gespräche und damit zu einem Misserfolg der Konferenz selbst führen könnten. Eine solche Entwicklung wäre keineswegs im nationalen Interesse Schwedens. Stockholm ist vielmehr daran interessiert, dass diese Konferenz mit einer vernünftigen Zielsetzung an ein gutes Ende geführt wird, dass sie als e i n Stadium von einem historischen Prozess betrachtet wird. Es geht dabei um die Sicherheit Europas und damit vor allem auch um die Sicherheit der neutralen Kleinstaaten, welche ausserhalb von so manchen anderen Organisationen und Verhandlungsgremien stehen, deren Tätigkeit sie direkt betrifft (SALT, MFR, EWG). Wir haben deshalb ein Interesse daran, die KSZE am Leben zu erhalten, weil sie den einzigen gesamteuropäischen Rahmen bildet, in dem wir unsere Stimme geltend zu machen vermögen.

Die weltpolitische Lage ist beherrscht vom gegenseitigen Verhältnis der beiden Supermächte, das auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht. Das wachsende Einverständnis zwischen Washington und Moskau hat seinen Grund darin, dass die beiden den Gefährdungen des Friedens entgegenwirken wollen. Daraus konnte sich in Europa eine Situation vermehrter Entspannung entwickeln. So hätte es ohne dieses Einverständnis der Supermächte z.B. keine Ostpolitik gegeben.

Wenn wir diese Entwicklung im Interesse der neutralen Kleinstaaten begrüßen, so befürchten wir sie gleichzeitig auch, weil sich die Grossen oft auf Kosten der Kleinen einigen. Schweden hat hierin viel bittere historische Erfahrung (z.B. Napoleons Einigung mit Zar Alexander I im Jahre 1808, die zur Trennung Schwedens von Finnland führte).

- 3 -

Im Mittelpunkt der Entspannungspolitik steht ohne Zweifel die Deutsche Frage: es geht um die Anerkennung des Status quo, um die Teilung Deutschlands. Diese deutsche Teilung ist keine normale Situation, sie ist indessen zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Europa die einzige realistische Lösung, und hiefür spielt die KSZE eine sehr wichtige Rolle.

Es wird oft gesagt, dass die Konferenz ausschliesslich die Verwirklichung einer sowjetischen Idee sei, weil es im besonderen nationalen Interesse der UdSSR liege, den mit militärischen Mitteln herbeigeführten Status quo anerkennen zu lassen. Stockholm ist indessen der Auffassung, dass diese Anerkennung im Interesse aller Staaten Europas ist. Die 35 Länder hätten die KSZE nicht in Angriff genommen, wenn sie zu Beginn nicht willens gewesen wären, den gegenwärtigen Stand der Dinge auf unserem Kontinent zu anerkennen. Aber der Westen und damit auch wir wollen für diese Anerkennung eine Gegenleistung von der andern Seite: es gilt das Maximum von europäischer Zusammenarbeit zu erreichen. Dabei geht es namentlich um bessere Bedingungen für den Handels- und Wirtschaftsverkehr (Korb 2), um Verbesserungen im humanitären Bereich, insbesondere zugunsten einer vermehrten Achtung der Menschenrechte in Osteuropa sowie auf dem Gebiete des Informationsaustauschs (Korb 3).

Schweden befürwortet ohne Vorbehalte den Austausch von Personen und Informationen, weil im Grunde nur auf diese Weise das Vertrauen unter den Völkern verstärkt werden kann. Andererseits sollten wir anerkennen, dass wir nicht zu viel fordern dürfen, wenn es darum geht, Anliegen dieser Art in präziser und verpflichtender Form festzulegen.

Wir sollten keinen Versuch unternehmen, die Systeme hüben und drüben zu ändern. Es gibt G r e n z e n, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht das Gegenteil vom erstrebten Ergebnis bewirkt werden soll.

- 4 -

Es ist leicht, sich auf Prinzipien zu einigen (Ergebnisse der ersten KSZE-Phase in Helsinki). Es wird jedoch schwierig, wenn es darum geht, etwas Konkretes zu erreichen. Die in Genf angewandte Methode bringt Schwierigkeiten: Wortklaubereien und Prestigedenken stehen oft unter Missachtung wesentlicher Fragen im Vordergrund. Hinzu kommen interne Probleme in einigen Staaten des Westens (USA, Italien, BRD, Frankreich, Grossbritannien), die ihren Regierungen eine Denkpause empfehlen.

Was die Haltung der Sowjetunion betrifft, so sind wir der Ansicht, dass es ihr vor allem darum geht, nicht gedrängt zu werden; je mehr dies der Fall ist, um so weniger wird sie sich aus taktischen Gründen auch nur den Anschein der Eile geben. Hinzu kommt, dass die Russen sehr grossen Wert auf persönliche Kontakte legen; nachdem Pompidou und Brandt abgelöst worden sind und Nixon kaum noch als vollwertiger Gesprächspartner angesehen wird, dürfte sich der UdSSR auch aus diesem Grund eine Denkpause aufdrängen. Zu langes Abwarten und Hinauszögern kann aber das gegenwärtige Vertrauen in Europa untergraben.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Aus der Sicht von Stockholm ist es im nationalen Interesse Schwedens, dass die Konferenz Erfolg hat, dass dadurch auf unserem Kontinent Entspannung und Sicherheit gefördert werden und die neutralen Staaten weiterhin am europäischen Gespräch teilhaben.

Wie soll es weitergehen?

Es braucht einen neuen politischen Impetus, wenn ein Misserfolg vermieden werden soll. Wenn wir die KSZE in einer erweiterten Perspektive sehen, so eröffnen sich neue Möglichkeiten.

Schweden unterbreitet deshalb folgenden Vorschlag: Alle Teilnehmerstaaten sollten sich auf einer Ebene treffen, die höher ist als jene der Delegationschefs, aber zugleich niedriger als die Regierungsebene. Dies könnte entweder im Rahmen einer ausserordentlichen Sitzung des Koordinationsausschusses oder an einem ad-hoc-Treffen verwirklicht werden. Wir haben keinen konkreten Plan

- 5 -

für eine Traktandenliste; es würde um eine "prise de conscience" gehen, die nicht auf die Delegationen in Genf beschränkt bliebe. Daraus könnte sich ein frischer Elan entwickeln. Dies ist notwendig, weil es nicht von Gutem wäre, wenn jetzt die Dinge im Hinblick auf den weiteren Gang der Konferenz im Ungewissen gelassen würden. Für den Zeitpunkt eines solchen Treffens gilt es den Kalender der internationalen Politik zu beachten: Treffen Giscard d'Estaing/Schmidt in Paris, Aussenministertagung der Neun, NATO-Tagung in Kanada, Begegnung Breschnew/Nixon in Moskau, Stockholm hatte in dieser Sache letzten Montag Kontakt mit Helsinki. Die Finnen zeigten Skepsis über die schwedischen Vorstellungen. Durch unsere Botschaft in Moskau haben wir Bundeskanzler Kreisky, der sich zurzeit dort auf Besuch befindet, über unsere Idee orientieren lassen.

Die schwedische Seite wird auf ihre Initiative verzichten, wenn sie hiefür von schweizerischer und österreichischer Seite keine Unterstützung findet. Im Falle eines positiven Echos aus Bern und Wien wird Stockholm als nächsten Schritt mit Bonn Kontakt aufnehmen, dies deshalb, weil die Bundesrepublik zurzeit das Präsidium der Europäischen Gemeinschaft innehat und weil das Deutsche Problem von zentraler Wichtigkeit ist.

Herr Graber: Wir teilen die schwedische Sorge um den weiteren Gang der Dinge in Genf. Wir sollten einerseits die Gespräche nicht stagnieren lassen, andererseits aber auch jede Ueberstürzung vermeiden. Die Frage ist, innerhalb welcher Zeitspanne Ergebnisse erzielt werden können, die für eine Beendigung der Konferenz konkret genug sind.

Der hier unterbreitete schwedische Vorschlag ist neu. Dies verlangt Ueberlegung; hierfür wird sich auf schweizerischer Seite am 5. Juni Gelegenheit bieten, wenn die Delegation des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten zusammentritt.

Indessen ist jetzt schon die Frage erlaubt, ob die vorgeschlagene neue Diskussionsebene genügt, der KSZE den notwendigen

- 6 -

neuen Elan zu geben. Man würde bei einem solchen Treffen ohne weiteres eine Liste der bestehenden Schwierigkeiten erstellen können, aber was dann? Von Bedeutung ist auch der erwähnte Terminkalender der internationalen Politik: Was z.B. die Neun und die NATO mit Bezug auf die KSZE beschliessen werden, wird unsere Beachtung verdienen.

Wichtig ist nicht zuletzt die Frage, welche Ergebnisse von der KSZE erreicht werden, die vor der Oeffentlichkeit vertreten werden können.

Herr Thalmann: Man wird sich die Frage stellen dürfen, aus welchen Gründen die zweite KSZE-Phase in Genf heute blockiert ist. Der Hauptgrund ist doch in der Tatsache zu finden, dass die eine Partei nicht willens ist, für ihr gemachte Konzessionen Gegenleistungen zu erbringen. Es ist zu befürchten, dass die Verwirklichung der schwedischen Idee den Osten zu einer Verhärtung seiner Haltung veranlassen würde. Hinzu kommt, dass im Falle von ergebnislosen Verhandlungen auf der vorgeschlagenen höheren Ebene der Misserfolg der Konferenz umso schlimmer wäre. Wenn wir von östlicher Seite keine Konzessionen im Bereiche von Korb 3 erhalten, so vermögen wir diese Resultate der KSZE vor unserer öffentlichen Meinung nicht zu vertreten.

Herr Graber: Tatsächlich spielt die öffentliche Meinung eine grosse Rolle: in diesem Sinne ist die Transparenz des Konferenzgeschehens ein wesentliches Erfordernis. Wir haben diese Haltung von allem Anfang an eingenommen. Es ist deshalb notwendig, dass die KSZE mit einem Minimum von konkreten Ergebnissen abgeschlossen wird. Hiefür wird der Osten notwendigerweise einen Preis bezahlen müssen.

Herr de Ziegler: Welches ist die erwähnte Grenze, über die nicht hinausgegangen werden darf, wenn nicht das Gegenteil der erwünschten Ergebnisse bewirkt werden soll? Es gibt eine <sup>weitere</sup> höhere und eine <sup>engere</sup> niedrigere Grenze, und zwischen ihnen ist die Spanne sehr eng.

- 7 -

Herr Müller: Mit der schwedischen Beurteilung der gegenwärtigen KSZE-Situation und mit der Schlussfolgerung, dass sie einen neuen Impetus benötigt, können wir einiggehen. Was soll aber weiter geschehen? Welches wäre die vorgeschlagene höhere Ebene? Es hat nicht viel Differenz zwischen der Ebene des Delegationscheis und einer höheren Ebene, die nicht diejenige der Regierung ist.

Wir wissen, dass die Neun demnächst die Frage der Sommerpause zur Diskussion stellen werden. Wir sollten wohl deren Initiative abwarten und nicht im Bereiche des bloss Prozeduralen einen Vorstoss machen.

Herr Astroem: Der Aspekt "Ebene" des vorgeschlagenen Treffens ist lediglich von symbolischer Bedeutung. Wichtig wäre die Traktandenliste. Es ginge - wie bereits erwähnt - um eine "prise de conscience", die bis heute gefehlt hat. Wir benötigen einen **U e b e r b l i c k**. Schon allein die Tatsache, dass eine solche Zusammenkunft in einem neuen Rahmen durchgeführt würde, könnte die Regierungen dazu führen, ihre Haltung gegenüber der KSZE neu zu überdenken.

Die Regierungen übernehmen eine grosse Verantwortung, wenn sie die weitere Entwicklung der KSZE fahrenlassen.

Die Art und Weise, wie der Westen in der Frage der Grenzen Vorleistungen erbracht hat und nun auf Gegenkonzessionen des Ostens wartet, ist naiv.

Was nun die mehrmals erwähnte, nicht überschreitbare Grenze unserer Erwartungen und Forderungen betrifft, so gehen wir davon aus, dass unsere öffentliche Meinung für Freizügigkeit im Austausch von Informationen und Personen zwischen Ost und West eintritt. Wir müssen wohl heute eingestehen, dass wir in dieser öffentlichen Meinung Erwartungen geweckt haben, die zu weit gingen. Wir sollten uns in vermehrtem Masse bewusst werden, wie weit der Osten zu gehen vermag, ohne sein System in Gefahr zu bringen. Sollten wir nicht etwas realistischer sein?

- 8 -

Was die Körbe 2 und 3 betrifft, so hat die UdSSR bereits Konzessionen gemacht, über die sie nicht hinausgehen kann, ohne ihr System zu gefährden. Es wäre auch ein Risiko, die Sowjetunion zu Gegenleistungen zu treiben, die sie nicht einzuhalten gedenkt, indem Moskau sie von Anfang an mit allerlei Vorbehalten begleitet.

Es ist deshalb empfehlenswert, in der KSZE einen Anfang zu sehen, dies im Sinne einer Etappe eines kontinuierlichen Prozesses.

Herr Graber: Wir sind der Auffassung, dass ein Minimum erreicht werden sollte. Dies ist bis heute nicht der Fall. Wir haben unsere Ambitionen seit Beginn limitiert, aber wenn selbst dies nicht erreicht wird, so können wir das Resultat nicht akzeptieren. Wir haben im übrigen die Hoffnung nicht aufgegeben, dass wir mit der KSZE etwas für die Zukunft tun können.

Der Westen hat Vorleistungen erbracht und muss jetzt auf Gegenleistungen des Ostens warten, um seine Konzessionen zu rechtfertigen. Für uns gilt es jetzt, in erster Linie, dieses Spiel zu beobachten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Rolle eines Spielverderbers zu übernehmen.

Die Frage stellt sich deshalb, ob gemäss schwedischer Vorstellung ein Treffen auf höherer Ebene auch grössere Entscheidungsfreiheit verschafft. Wir müssen in Betracht ziehen, dass wir gegebenenfalls auf dieser höheren Ebene im Falle eines Misserfolges eine noch gefährlichere Situation riskieren, worauf Generalsekretär Thalmann mit Recht hingewiesen hat. Es handelt sich im wesentlichen nicht um eine Frage der Ebene, sondern um eine solche des Inhalts, den man der vorgeschlagenen Begegnung geben will.

Herr Thalmann: Es ist eine Tatsache, dass die in Genf zur Diskussion stehenden Massnahmen im Bereiche der CBM (vertrauensbildende Massnahmen militärischer Natur) die UdSSR nicht in Gefahr bringen würden. Und doch verweigert Moskau seine Unterstützung für deren Verwirklichung. Die einzige Haltung, die sich für den Westen aufzudrängen scheint, ist feste Entschlossenheit.



- 9 -

Herr Brunner: Es gibt einerseits nationale Interessen, andererseits europäische Gesamtinteressen. Es ist nicht möglich, dass z.B. im humanitären Bereich für die Gesamtinteressen weniger akzeptiert wird als für die nationalen Interessen bereits erreicht wurde.

Nach der zu erwartenden Auseinandersetzung zwischen Ost und West könnte die Stunde der Neutralen kommen. Wir fühlen uns mit dem Westen verbunden. Wenn wir zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. nach der NATO-Tagung am 19. Juni aktiv werden und Vorschläge machen, so werden sie für den Osten leichter akzeptierbar sein, als wenn diese Vorstösse von westlichen Blockstaaten kommen.

Herr Astroem: Die Verwirklichung der CBM-Vorschläge sind auch für Schweden von grossem Interesse. Wir wollen mehr erreichen, als die UdSSR heute zu geben bereit ist.

Mit Bezug auf die nationalen Interessengibt es wohl Unterschiede. So ist die Frage der Familienzusammenführung für die Bundesrepublik von vitaler Bedeutung. Aber ist es für die Schweiz, Belgien, Schweden und andere Staaten der Fall, wenn es um die Frage geht, ob ein Sowjetbürger sich auf die TIMES abonnieren kann?

Wir sollten sicher die westlichen Vorstösse nicht stören. Wir können aber andererseits die Dinge auch nicht ausser Kontrolle gehen lassen. Schweden ist deshalb - wie mehrmals erwähnt - in Sorge und vertritt die Auffassung, dass es ohne einen neuen Elan nicht weitergehen kann, dies nicht zuletzt wegen der innenpolitischen Situationen in manchen Ländern, die an der KSZE teilnehmen.

Herr Graber: Diese Diskussion ist für uns wertvoll. Ohne Zweifel geht es in nächster Zukunft darum, dass die Regierungen Farbe bekennen.

Es kann nur im Interesse der Neutralen liegen, wenn sie sich gegenseitig konsultieren und ihr Vorgehen nach Möglichkeit aufeinander abstimmen. Zunächst wird es darum gehen, die andern Staaten handeln zu lassen.

- 10 -

Herr Thalmann: Das bisherige Vorgehen der 35 Teilnehmerstaaten wird uns nicht weiterbringen. Es geht wohl jetzt darum, dass die Dinge von Block zu Block, von Supermacht zu Supermacht behandelt werden; auch wenn uns dies nicht gefällt, scheint es doch unvermeidlich zu sein.

Herr Astroem erklärt sich sehr zufrieden über diesen Meinungsaustausch. Ueber den schwedischen Kontakt mit dem österreichischen Bundeskanzler wird er seine schweizerischen Gesprächspartner sobald wie möglich orientieren. Dieser Kontakt soll aufrecht erhalten bleiben. Die schwedische Seite ist an allen Informationen interessiert, die ihr von schweizerischer Seite gegeben werden können.

Herr Graber teilt die Auffassung von Herrn Astroem und erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

FK/au

Vertraulich

## A u f z e i c h n u n g

des Gesprächs mit dem Generalsekretär  
des schwedischen Aussenministeriums, Sverker Astroem,  
in Bern am 29. Mai 1974

---

An dem in französischer und englischer Sprache geführten  
Meinungsaustausch, welcher auf dringenden schwedischen Wunsch  
zustande kam und der zur Hauptsache der Konferenz für Sicherheit  
und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) galt, nahmen teil

auf schwedischer Seite:

Botschafter Sverker Astroem	Generalsekretär
Botschafter Sven-Eric Nilsson	Missionschef in Bern
L.G. Engfeldt	Departementssekretär im Aussen- ministerium

auf schweizerischer Seite:

Bundesrat Pierre Graber	Vorsteher des EPD
Botschafter Ernesto Thalmann	Generalsekretär
Botschafter Charles Müller	Chef der Politischen Abteilung I
Botschafter François de Ziegler	Chef des Politischen Sekretariats
Edouard Brunner	Stellvertr. Chef der Politischen Abteilung I
Karl Fritschi	Stellvertr. Chef der Politischen Abteilung I (Aufzeichnung)

- 2 -

Herr Astroem dankt Bundesrat Graber, dass er diese so kurzfristig angesetzte Begegnung ermöglicht hat, und überbringt ihm die besten Grüsse vom Aussenminister Anderson, der sich auf seinen Besuch freut, den er der Schweiz nächsten September abstatten wird. Zweck dieses Besuchs ist der Auftrag, folgendes vorzutragen:

Die schwedische Regierung ist besorgt über den Gang der Dinge in der gegenwärtigen zweiten Phase der KSZE in Genf. Es gibt gewisse Tendenzen, die zu einem Zusammenbruch der dortigen Gespräche und damit zu einem Misserfolg der Konferenz selbst führen könnten. Eine solche Entwicklung wäre keineswegs im nationalen Interesse Schwedens. Stockholm ist vielmehr daran interessiert, dass diese Konferenz mit einer vernünftigen Zielsetzung an ein gutes Ende geführt wird, dass sie als ein Stadium von einem historischen Prozess betrachtet wird. Es geht dabei um die Sicherheit Europas und damit vor allem auch um die Sicherheit der neutralen Kleinstaaten, welche ausserhalb von so manchen anderen Organisationen und Verhandlungsgremien stehen, deren Tätigkeit sie direkt betrifft (SALT, MFR, EWG). Wir haben deshalb ein Interesse daran, die KSZE am Leben zu erhalten, weil sie den einzigen gesamteuropäischen Rahmen bildet, in dem wir unsere Stimme geltend zu machen vermögen.

Die weltpolitische Lage ist beherrscht vom gegenseitigen Verhältnis der beiden Supermächte, das auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht. Das wachsende Einverständnis zwischen Washington und Moskau hat seinen Grund darin, dass die beiden den Gefährdungen des Friedens entgegenwirken wollen. Daraus konnte sich in Europa eine Situation vermehrter Entspannung entwickeln. So hätte es ohne dieses Einverständnis der Supermächte z.B. keine Ostpolitik gegeben.

Wenn wir diese Entwicklung im Interesse der neutralen Kleinstaaten begrüessen, so befürchten wir sie gleichzeitig auch, weil sich die Grossen oft auf Kosten der Kleinen einigen. Schweden hat hierin viel bittere historische Erfahrung (z.B. Napoleons Einigung mit Zar Alexander I im Jahre 1803, die zur Trennung Schwedens von Finnland führte).

- 3 -

Im Mittelpunkt der Entspannungspolitik steht ohne Zweifel die Deutsche Frage: es geht um die Anerkennung des Status quo, um die Teilung Deutschlands. Diese deutsche Teilung ist keine normale Situation, sie ist indessen zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Europa die einzige realistische Lösung, und hiefür spielt die KSZE eine sehr wichtige Rolle.

Es wird oft gesagt, dass die Konferenz ausschliesslich die Verwirklichung einer sowjetischen Idee sei, weil es im besonderen nationalen Interesse der UdSSR liege, den mit militärischen Mitteln herbeigeführten Status quo anerkennen zu lassen. Stockholm ist indessen der Auffassung, dass diese Anerkennung im Interesse aller Staaten Europas ist. Die 35 Länder hätten die KSZE nicht in Angriff genommen, wenn sie zu Beginn nicht willens gewesen wären, den gegenwärtigen Stand der Dinge auf unserem Kontinent zu anerkennen. Aber der Westen und damit auch wir wollen für diese Anerkennung eine Gegenleistung von der andern Seite: es gilt das Maximum von europäischer Zusammenarbeit zu erreichen. Dabei geht es namentlich um bessere Bedingungen für den Handels- und Wirtschaftsverkehr (Korb 2), um Verbesserungen im humanitären Bereich, insbesondere zugunsten einer vermehrten Achtung der Menschenrechte in Osteuropa sowie auf dem Gebiete des Informationsaustauschs (Korb 3).

Schweden befürwortet ohne Vorbehalte den Austausch von Personen und Informationen, weil im Grunde nur auf diese Weise das Vertrauen unter den Völkern verstärkt werden kann. Andererseits sollten wir anerkennen, dass wir nicht zu viel fordern dürfen, wenn es darum geht, Anliegen dieser Art in präziser und verpflichtender Form festzulegen.

Wir sollten keinen Versuch unternehmen, die Systeme hüben und drüben zu ändern. Es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht das Gegenteil vom erstrebten Ergebnis bewirkt werden soll.

- 4 -

Es ist leicht, sich auf Prinzipien zu einigen (Ergebnisse der ersten KSZE-Phase in Helsinki). Es wird jedoch schwierig, wenn es darum geht, etwas Konkretes zu erreichen. Die in Genf angewandte Methode bringt Schwierigkeiten: Wortklaubereien und Prestigedenken stehen oft unter Missachtung wesentlicher Fragen im Vordergrund. Hinzu kommen interne Probleme in einigen Staaten des Westens (USA, Italien, BRD, Frankreich, Grossbritannien), die ihren Regierungen eine Denkpause empfehlen.

Was die Haltung der Sowjetunion betrifft, so sind wir der Ansicht, dass es ihr vor allem darum geht, nicht gedrängt zu werden; je mehr dies der Fall ist, um so weniger wird sie sich aus taktischen Gründen auch nur den Anschein der Eile geben. Hinzu kommt, dass die Russen sehr grossen Wert auf persönliche Kontakte legen; nachdem Pompidou und Brandt abgelöst worden sind und Nixon kaum noch als vollwertiger Gesprächspartner angesehen wird, dürfte sich der UdSSR auch aus diesem Grund eine Denkpause aufdrängen. Zu langes Abwarten und Hinauszögern kann aber das gegenwärtige Vertrauen in Europa untergraben.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Aus der Sicht von Stockholm ist es im nationalen Interesse Schwedens, dass die Konferenz Erfolg hat, dass dadurch auf unserem Kontinent Entspannung und Sicherheit gefördert werden und die neutralen Staaten weiterhin am europäischen Gespräch teilhaben.

Wie soll es weitergehen?

Es braucht einen neuen politischen Impetus, wenn ein Misserfolg vermieden werden soll. Wenn wir die KSZE in einer erweiterten Perspektive sehen, so eröffnen sich neue Möglichkeiten.

Schweden unterbreitet deshalb folgenden Vorschlag: Alle Teilnehmerstaaten sollten sich auf einer Ebene treffen, die höher ist als jene der Delegationschefs, aber zugleich niedriger als die Regierungsebene. Dies könnte entweder im Rahmen einer ausserordentlichen Sitzung des Koordinationsausschusses oder an einem ad-hoc-Treffen verwirklicht werden. Wir haben keinen konkreten Plan

für eine Traktandenliste; es würde um eine "prise de conscience" gehen, die nicht auf die Delegationen in Genf beschränkt bliebe. Daraus könnte sich ein frischer Elan entwickeln. Dies ist notwendig, weil es nicht von Gutem wäre, wenn jetzt die Dinge im Hinblick auf den weitem Gang der Konferenz im Ungewissen gelassen würden. Für den Zeitpunkt eines solchen Treffens gilt es den Kalender der internationalen Politik zu beachten: Treffen Giscard d'Estaing/Schmidt in Paris, Aussenministertagung der Neun, NATO-Tagung in Kanada, Begegnung Breschnew/Nixon in Moskau. Stockholm hatte in dieser Sache letzten Montag Kontakt mit Helsinki. Die Finnen zeigten Skepsis über die schwedischen Vorstellungen. Durch unsere Botschaft in Moskau haben wir Bundeskanzler Kreisky, der sich zurzeit dort auf Besuch befindet, über unsere Idee orientieren lassen.

Die schwedische Seite wird auf ihre Initiative verzichten, wenn sie hierfür von schweizerischer und österreichischer Seite keine Unterstützung findet. Im Falle eines positiven Echos aus Bern und Wien wird Stockholm als nächsten Schritt mit Bonn Kontakt aufnehmen, dies deshalb, weil die Bundesrepublik zurzeit das Präsidium der Europäischen Gemeinschaft innehat und weil das Deutsche Problem von zentraler Wichtigkeit ist.

Herr Graber: Wir teilen die schwedische Sorge um den weitem Gang der Dinge in Genf. Wir sollten einerseits die Gespräche nicht stagnieren lassen, andererseits aber auch jede Ueberstürzung vermeiden. Die Frage ist, innerhalb welcher Zeitspanne Ergebnisse erzielt werden können, die für eine Beendigung der Konferenz konkret genug sind.

Der hier unterbreitete schwedische Vorschlag ist neu. Dies verlangt Ueberlegung; hierfür wird sich auf schweizerischer Seite am 5. Juni Gelegenheit bieten, wenn die Delegation des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten zusammentritt.

Indessen ist jetzt schon die Frage erlaubt, ob die vorgeschlagene neue Diskussionsebene genügt, der KSZE den notwendigen

neuen Elan zu geben. Man würde bei einem solchen Treffen ohne weiteres eine Liste der bestehenden Schwierigkeiten erstellen können, aber was dann? Von Bedeutung ist auch der erwähnte Terminkalender der internationalen Politik: Was z.B. die Neun und die NATO mit Bezug auf die KSZE beschliessen werden, wird unsere Beachtung verdienen.

Wichtig ist nicht zuletzt die Frage, welche Ergebnisse von der KSZE erreicht werden, die vor der Öffentlichkeit vertreten werden können.

Herr Thalmann: Man wird sich die Frage stellen dürfen, aus welchen Gründen die zweite KSZE-Phase in Genf heute blockiert ist. Der Hauptgrund ist doch in der Tatsache zu finden, dass die eine Partei nicht willens ist, für ihr gemachte Konzessionen Gegenleistungen zu erbringen. Es ist zu befürchten, dass die Verwirklichung der schwedischen Idee den Osten zu einer Verhärtung seiner Haltung veranlassen würde. Hinzu kommt, dass im Falle von ergebnislosen Verhandlungen auf der vorgeschlagenen höheren Ebene der Misserfolg der Konferenz umso schlimmer wäre. Wenn wir von östlicher Seite keine Konzessionen im Bereiche von Korb 3 erhalten, so vermögen wir diese Resultate der KSZE vor unserer öffentlichen Meinung nicht zu vertreten.

Herr Graber: Tatsächlich spielt die öffentliche Meinung eine grosse Rolle: in diesem Sinne ist die Transparenz des Konferenzgeschehens ein wesentliches Erfordernis. Wir haben diese Haltung von allem Anfang an eingenommen. Es ist deshalb notwendig, dass die KSZE mit einem Minimum von konkreten Ergebnissen abgeschlossen wird. Hiefür wird der Osten notwendigerweise einen Preis bezahlen müssen.

Herr de Ziegler: Welches ist die erwähnte Grenze, über die nicht hinausgegangen werden darf, wenn nicht das Gegenteil der erwünschten Ergebnisse bewirkt werden soll? Es gibt eine <sup>weitere</sup> höhere und eine <sup>engere</sup> niedrigere Grenze, und zwischen ihnen ist die Spanne sehr eng.



- 7 -

Herr Müller: Mit der schwedischen Beurteilung der gegenwärtigen KSZE-Situation und mit der Schlussfolgerung, dass sie einen neuen Impetus benötigt, können wir einiggehen. Was soll aber weiter geschehen? Welches wäre die vorgeschlagene höhere Ebene? Es hat nicht viel Differenz zwischen der Ebene des Delegationschefs und einer höheren Ebene, die nicht diejenige der Regierung ist.

Wir wissen, dass die Neun demnächst die Frage der Sommerpause zur Diskussion stellen werden. Wir sollten wohl deren Initiative abwarten und nicht im Bereiche des bloss Prozeduralen einen Vorstoss machen.

Herr Astroem: Der Aspekt "Ebene" des vorgeschlagenen Treffens ist lediglich von symbolischer Bedeutung. Wichtig wäre die Traktandenliste. Es ginge - wie bereits erwähnt - um eine "prise de conscience", die bis heute gefehlt hat. Wir benötigen einen U e b e r b l i c k. Schon allein die Tatsache, dass eine solche Zusammenkunft in einem neuen Rahmen durchgeführt würde, könnte die Regierungen dazu führen, ihre Haltung gegenüber der KSZE neu zu überdenken.

Die Regierungen übernehmen eine grosse Verantwortung, wenn sie die weitere Entwicklung der KSZE fahrenlassen.

Die Art und Weise, wie der Westen in der Frage der Grenzen Vorleistungen erbracht hat und nun auf Gegenkonzessionen des Ostens wartet, ist naiv.

Was nun die mehrmals erwähnte, nicht überschreitbare Grenze unserer Erwartungen und Forderungen betrifft, so gehen wir davon aus, dass unsere öffentliche Meinung für Freizügigkeit im Austausch von Informationen und Personen zwischen Ost und West eintritt. Wir müssen wohl heute eingestehen, dass wir in dieser öffentlichen Meinung Erwartungen geweckt haben, die zu weit gingen. Wir sollten uns in vermehrtem Masse bewusst werden, wie weit der Osten zu gehen vermag, ohne sein System in Gefahr zu bringen. Sollten wir nicht etwas realistischer sein?

Was die Körbe 2 und 3 betrifft, so hat die UdSSR bereits Konzessionen gemacht, über die sie nicht hinausgehen kann, ohne ihr System zu gefährden. Es wäre auch ein Risiko, die Sowjetunion zu Gegenleistungen zu treiben, die sie nicht einzuhalten gedenkt, indem Moskau sie von Anfang an mit allerlei Vorbehalten begleitet.

Es ist deshalb empfehlenswert, in der KSZE einen Anfang zu sehen, dies im Sinne einer Etappe eines kontinuierlichen Prozesses.

Herr Graber: Wir sind der Auffassung, dass ein Minimum erreicht werden sollte. Dies ist bis heute nicht der Fall. Wir haben unsere Ambitionen seit Beginn limitiert, aber wenn selbst dies nicht erreicht wird, so können wir das Resultat nicht akzeptieren. Wir haben im übrigen die Hoffnung nicht aufgegeben, dass wir mit der KSZE etwas für die Zukunft tun können.

Der Westen hat Vorleistungen erbracht und muss jetzt auf Gegenleistungen des Ostens warten, um seine Konzessionen zu rechtfertigen. Für uns gilt es jetzt, in erster Linie, dieses Spiel zu beobachten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Rolle eines Spielverderbers zu übernehmen.

Die Frage stellt sich deshalb, ob gemäss schwedischer Vorstellung ein Treffen auf höherer Ebene auch grössere Entscheidungsfreiheit verschafft. Wir müssen in Betracht ziehen, dass wir gegebenenfalls auf dieser höheren Ebene im Falle eines Misserfolges eine noch gefährlichere Situation riskieren, worauf Generalsekretär Thalmann mit Recht hingewiesen hat. Es handelt sich im wesentlichen nicht um eine Frage der Ebene, sondern um eine solche des Inhalts, den man der vorgeschlagenen Begegnung geben will.

Herr Thalmann: Es ist eine Tatsache, dass die in Genf zur Diskussion stehenden Massnahmen im Bereiche der CBM (vertrauensbildende Massnahmen militärischer Natur) die UdSSR nicht in Gefahr bringen würden. Und doch verweigert Moskau seine Unterstützung für deren Verwirklichung. Die einzige Haltung, die sich für den Westen aufzudrängen scheint, ist feste Entschlossenheit.

- 9 -

Herr Brunner: Es gibt einerseits nationale Interessen, andererseits europäische Gesamtinteressen. Es ist nicht möglich, dass z.B. im humanitären Bereich für die Gesamtinteressen weniger akzeptiert wird als für die nationalen Interessen bereits erreicht wurde.

Nach der zu erwartenden Auseinandersetzung zwischen Ost und West könnte die Stunde der Neutralen kommen. Wir fühlen uns mit dem Westen verbunden. Wenn wir zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. nach der NATO-Tagung am 19. Juni aktiv werden und Vorschläge machen, so werden sie für den Osten leichter akzeptierbar sein, als wenn diese Vorstösse von westlichen Blockstaaten kommen.

Herr Astroem: Die Verwirklichung der CBM-Vorschläge sind auch für Schweden von grossem Interesse. Wir wollen mehr erreichen, als die UdSSR heute zu geben bereit ist.

Mit Bezug auf die nationalen Interessengibt es wohl Unterschiede. So ist die Frage der Familienzusammenführung für die Bundesrepublik von vitaler Bedeutung. Aber ist es für die Schweiz, Belgien, Schweden und andere Staaten der Fall, wenn es um die Frage geht, ob ein Sowjetbürger sich auf die TIMES abonnieren kann?

Wir sollten sicher die westlichen Vorstösse nicht stören. Wir können aber andererseits die Dinge auch nicht ausser Kontrolle gehenlassen. Schweden ist deshalb - wie mehrmals erwähnt - in Sorge und vertritt die Auffassung, dass es ohne einen neuen Elan nicht weitergehen kann, dies nicht zuletzt wegen der innenpolitischen Situationen in manchen Ländern, die an der KSZE teilnehmen.

Herr Graber: Diese Diskussion ist für uns wertvoll. Ohne Zweifel geht es in nächster Zukunft darum, dass die Regierungen Farbe bekennen.

Es kann nur im Interesse der Neutralen liegen, wenn sie sich gegenseitig konsultieren und ihr Vorgehen nach Möglichkeit aufeinander abstimmen. Zunächst wird es darum gehen, die andern Staaten handeln zu lassen.

- 10 -

Herr Thalmann: Das bisherige Vorgehen der 35 Teilnehmerstaaten wird uns nicht weiterbringen. Es geht wohl jetzt darum, dass die Dinge von Block zu Block, von Supermacht zu Supermacht behandelt werden; auch wenn uns dies nicht gefällt, scheint es doch unvermeidlich zu sein.

Herr Astroem erklärt sich sehr zufrieden über diesen Meinungsaustausch. Ueber den schwedischen Kontakt mit dem österreichischen Bundeskanzler wird er seine schweizerischen Gesprächspartner sobald wie möglich orientieren. Dieser Kontakt soll aufrecht erhalten bleiben. Die schwedische Seite ist an allen Informationen interessiert, die ihr von schweizerischer Seite gegeben werden können.

Herr Graber teilt die Auffassung von Herrn Astroem und erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.